Eitorf, den 13.05.2016

Amt 32 - Amt für Bürgerdienste und Stadtmarketing

Sachbearbeiter/-in: Hermann Neulen

Bürgermeister

i.V.

Erster Beigeordneter

VORLAGE
- öffentlich -

Beratungsfolge

Hauptausschuss	13.06.2016
Rat der Gemeinde Eitorf	27.06.2016

Tagesordnungspunkt:

Neufassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführungen von Brandverhütungsschauen in der Gemeinde Eitorf

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Gemeinde Eitorf Folgendes zu beschließen:
Die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführungen von Brandverhütungsschauen in der Gemeinde Eitorf wird – wie vorgelegt – beschlossen.

Begründung:

Zum 1.1.2016 ist das Gesetz über den Brandschutz, die Hilfeleistung und den Katastrophenschutz (BHKG) in Kraft getreten. Das Gesetz ersetzt das bisherige Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistungen (FSHG) in seiner letzten Fassung.

Die gemeindliche Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführungen der Brandschau in der Gemeinde Eitorf vom 28.08.1999 fußt noch auf dem bis 31.12.2015 geltenden FSHG. Zur Rechtssicherheit ist eine Anpassung der Satzung an die neue gesetzliche Grundlage geboten. Die sich ergebenden Änderungen sind in der beigefügten **Anlage 1** kenntlich gemacht. Die Neufassung der Satzung ist als **Anlage 2** dieser Vorlage beigefügt. Im Wesentlichen handelt es sich bei den Änderungen im Satzungstext um solche redaktioneller Art.

Inhaltliche Änderungen haben sich nur in der zur Satzung gehörenden Anlage 1 „Gebührensätze“ ergeben. Fälschlicherweise war dort unter Ziffer 1.2 bzw. 2.2 davon die Rede, dass bei überdurchschnittlichen Schwierigkeitsgrad des untersuchten Objekts „zusätzlich“ ein höherer Stundensatz in den Gebührenbescheid übernommen wird. Gemeint war jedoch, dass dieser erhöhte Betrag nicht zusätzlich, sondern in diesen Fällen statt dem „normalen“ Stundensatz, erhoben wird. Dies wurde in der Vergangenheit auch entgegen dem Wortlaut entsprechend so gehandhabt. Die Neufassung berichtigt dies entsprechend.

Außerdem wurde die Höhe der Stundensätze in Anlehnung an den Runderlass des Innenministers zu „Richtwerte für die Berücksichtigung des Verwaltungsaufwandes bei der Festlegung der nach dem Gebührengesetz für das Land NRW zu erhebenden Verwaltungsgebühren“ vom 25.6.2013 aktualisiert. In Ziffer 1.1. und 2.1. wird der Richtwert für den mittleren Dienst in Höhe von 49 € übernommen, in Ziffer 1.2. und 2.2 (überdurchschnittlicher Schwierigkeitsgrad) der für den gehobenen Dienst in Höhe von 58 €.

Änderungen in der Anlage 2 „Aufstellung Objekte...“ zur Satzung haben sich nicht ergeben.